

Anfrage

### **Transparenz bei Einbürgerungen verbessern**

Das gegenwärtig geltende Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht ist eine ausgewogene Lösung für das Spannungsfeld zwischen den notwendigen rechtsstaatlichen Voraussetzungen des Einbürgerungsverfahrens und den Anforderungen der direkten Demokratie, die eine weitgehende Mitbestimmung der Bürgerschaft vorsieht. Der Einbürgerungsrat, der sich in Wil aus Vertretern des Stadtrats und der Ortsbürgergemeinde zusammensetzt, prüft die Gesuche und entscheidet abschliessend. Der Beschluss über die Einbürgerungen wird in den amtlichen Publikationsorganen der Stadt mittels einer formellen, wenig leserfreundlichen und im Amtsdeutsch verfassten Mitteilung veröffentlicht. Im Gegensatz zu früher haben heute die Stimmberechtigten lediglich noch die Möglichkeit, gegen den Beschluss des Einbürgerungsrates schriftlich und begründet Einsprache zu erheben. Im Falle einer Einsprache bekommt der Gesuchsteller Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Wird das Gesuch nicht zurückgezogen, sondern aufrechterhalten, entscheidet das Stadtparlament endgültig über das betreffende Einbürgerungsgesuch.

Vor kurzem hat der Stadtrat seine Absicht angekündigt, rund 3'300 in Wil wohnhafte Personen, die theoretisch die Anforderungen zur Einbürgerung erfüllen, mittels eines Schreibens auf die Möglichkeit zum Erwerb des Schweizer Bürgerrechts aufmerksam zu machen. Mit dieser Vorgehensweise beeinträchtigt der Stadtrat das im kantonalen Bürgerrechtsgesetz geschaffene Gleichgewicht zwischen den Interessen der Gesuchsteller und der Bürgerschaft zum Nachteil der letzteren, indem lediglich die potentiellen Gesuchsteller an ihre Rechte erinnert werden, nicht aber die Stimmberechtigten.

Ich bitte den Stadtrat, die folgende Frage zu beantworten:

Ist der Stadtrat bereit, in den amtlichen Publikationsorganen die jeweilige Liste der vom Einbürgerungsrat bewilligten Gesuche wiederholt zu veröffentlichen und sie so darzustellen damit eindeutig und unmissverständlich zum Ausdruck kommt, dass die Gesuche zur Einsprache offen sind?

Wil, 13. November 2017

Erwin Böhi  
SVP Fraktion

